



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/141 - 27. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	<u>Grossbritannien muss sich neben die Sechs stellen</u> Von Prof. Dr. Carlo Schmid Mitglied der sozialistischen Fraktion der Beratenden Versammlung des Europarates	126
4 - 5	<u>Dürftige "Internationale Badesaison"</u> Was den Besucher der östlichen Lübecker Bucht erwartet Von Rudolf Hornig	65
5	<u>Nur ein Missverständnis?</u> Adenauer und die "Troika"	28
6 - 7	<u>Zeitgeschehen ...</u> <u>Feine Leute</u> Die Türen knallten in Bremerhaven	54
7	<u>Proportionen</u> Wichtiges und Unwichtiges	35

* * * *

Grossbritannien muss sich neben die Sechs stellen

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Mitglied der sozialistischen Fraktion der Beratenden
Versammlung des Europarates

Bei der Frage, ob das Vereinigte Königreich sich in irgendeiner Weise mit dem Gemeinsamen Markt verbinden soll, handelt es sich nicht so sehr um eine Frage der Ökonomie als um einen politischen Akt.

Man ist Politik immer eine riskante Sache; das wissen wir alle. Aber wir sollten nicht vergessen, dass das Risiko gleichermaßen besteht, ob wir etwas tun oder ob wir etwas nicht tun. In beiden Fällen gehen wir ein Risiko ein. Und wenn die Politik die Kunst ist, das Notwendige möglich zu machen, scheint es mir besser zu sein, zu riskieren, etwas zu tun, als das Risiko darin einzugehen, dass wir nichts tun.

Sicher kann man bei diesen Dingen den wirtschaftlichen Aspekt nicht ausser acht lassen, und sicher kann niemandem zugemutet werden, dass er die Kosten einer politisch verknüpfenden Maßnahme, die allen zugute kommen soll, allein trägt. Aber ist es wirklich so, dass das Vereinigte Königreich und das Commonwealth ernsthafte wirtschaftliche Gefahren laufen und ist es nicht so, dass wir uns fragen müssen, ob Gedanken, die gestern noch richtig gewesen sein mögen, es auch heute noch sind? Es hat sich seit gestern einiges verändert: der sowjetische Block ist nicht nur eine politische Großmacht. Das zwingt uns besonders, unser Interesse, auch unser wirtschaftliches Interesse neu zu überdenken.

Meine eigene politische Partei hat sich lange Zeit der europäischen Integration widersetzt, nicht weil wir schlechtere Europäer gewesen wären als andere, aber wir glaubten, dass es ein primäres, auch europäisches Interesse gäbe, alles zu verhindern, was die Wiedervereinigung Deutschlands stören könnte. Nun sind in der letzten Jahren Dinge eingetreten, die uns klargemacht haben, dass es diese Alternative nicht mehr gibt. Wir haben die Konsequenzen gezogen und sagen zur europäischen Integration in allen ihren Konsequenzen Ja. Wir tun dies, obwohl wir wissen, dass mancher uns nur sagen wird: Ihr kommt recht spät auf den guten Gedanken; wir sind früher darauf gekommen. Nein, wir glauben, dass unsere Gedanken damals richtig waren. Aber wir wissen, dass sich seitdem Neues begeben hat, und würden es für recht töricht halten, Gedanken, die 1952, 1954 richtig waren, auch heute noch zu verfolgen, nachdem die Welt sich verändert hat.

Eine Ehre für Grossbritannien

Vielleicht gilt das auch für unsere britischen Freunde und für ihre Gedanken an das Commonwealth, dieses Commonwealth, das eine grosse Sache ist, eine Ehre für Grossbritannien, das durch sein blosses Dasein diese auf freiwilliger Zustimmung beruhende Völkergemeinschaft ins Leben gerufen hat und am Leben erhält. Dieses Commonwealth ist eine der wichtigsten Ordnungsmächte dieser Welt. Und wenn ich fürchten

müsste, dass ein Eintritt des Vereinigten Königreichs in die EWG oder eine Assoziation mit ihr das Commonwealth zerstören würde, würde ich sagen: "Tretet nicht ein. Denn dass das Commonwealth erhalten bleibt, ist für diese Welt entscheidend".

Aber wird denn ein Beitritt oder eine Assoziation des Vereinigten Königreichs das Commonwealth zerstören? Ich kann es nicht glauben. Denn auch für das Commonwealth ist nicht die Wirtschaft das Schicksal, sondern etwas ganz anderes. Was hält es denn zusammen? Doch nicht die Zollpräferenzen. Diese spielen ihre Rolle. Aber sie sind doch nicht der Grund dafür, dass es das Commonwealth gibt und dass es lebt. Was es zusammenhält ist das grosse Vorbild, das Generationen von in Oxford, in Cambridge und an anderen Universitäten erzogene Menschen erlebt hatten, das Vorbild, das das Parlament in Westminster den Menschen Indiens, Australiens, Neuseelands usw. gegeben hat. Das hält das Commonwealth zusammen. Es ist der Wille, an einem Leitbild festzuhalten, das für das öffentliche Leben und für die Möglichkeit der Einzelnen zu persönlicher Selbstachtung von dieser Insel aus in die Welt ausgestrahlt ist, ausstrahlt und ausstrahlen wird. Das ist der eigentliche Kitt des Commonwealth, seine raison d'être.

"Es ist noch viel Kraft in unseren Völkern"

Natürlich wird es ökonomische Schwierigkeiten geben, das ist keine Frage.

Aber diese lassen sich beheben. Was ist in den letzten Jahrzehnten nicht alles an den Bedingungen des Wirtschaftens umgestaltet worden. Jedesmal ist man mit diesem Neuen fertig geworden; alle Schwierigkeiten sind bewältigt worden, und die Übergangszeiten waren kurz. Ich denke daran, was die Sachverständigen mir gesagt haben, als ich sie 1945 fragte, wie lange es dauern werde, bis Städte wie Stuttgart oder München wieder normal bewohnbar sein werden. Kein Sachverständiger, der mir eine Zahl genannt hätte, die unter 50 Jahren lag. Nach fünf Jahren schon hat man aber nicht mehr sehr viel davon gemerkt, dass diese Städte im Jahre 1945 in Staub und Asche gelegen haben.

So wird es auch mit anderen Dingen gehen. Es ist noch Kraft in unseren Völkern. Vergessen wir das doch nicht! Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir Menschen Europas gar nicht mehr wissen, was wir sind, wie kraftvoll wir sind und wie viel Phantasie wir haben, wenn wir wollen. Unter Phantasie verstehe ich nicht Illusionen, sondern die viele Zeit, sich die Welt konkret nach der Forderung der Stunde vorzustellen. Dem sollten wir vertrauen, und wir sollten unseren Weg antreten.

Man hat einst gemeint, die Montanunion werde die Kohle- und Stahlländer hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten ins Herz treffen. Es ist nicht wahr geworden. Man hat sich angepasst. Man hat das Notwendige getan. Und ich glaube, es ist eine gute Sache geschaffen worden.

Was für Kohle und Stahl möglich war, wird auch für die Landwirtschaft möglich sein und wird auch möglich sein, um den Lebensstandard der breiten Massen in unseren Ländern zu erhalten. Die Nivellierungen sind bisher immer nur Nivellierungen nach oben und nicht Nivellierungen nach unten geworden. Das sollten wir nicht vergessen.

Man hat das Wort vom unconditional surrender ausgesprochen. Nun, ich glaube, die Welt hat mit diesem Wort schlimme Erfahrungen gemacht. Es hat dazu beigetragen, dass Kräfte, die für den Frieden und für die Niederwerfung des Bösen nicht nur arbeiten, sondern ihr Leben einsetzen wollten, dies nicht mehr konnten oder darin keinen Sinn mehr sahen. Deswegen sollten wir von niemandem verlangen, dass er sich bedingungslos einer Sache anschliesst, die er nicht glaubt bedingungslos akzeptieren zu können.

Aber die römischen Verträge erlauben viel Flexibilität. Sie lassen sich den besonderen Bedürfnissen des Vereinigten Königreichs anpassen, ohne dass es nötig wäre, ihre Substanz zu zerstören oder wesentlich zu kränken.

Die Flagge folgt dem Kaufmann

Grossbritannien muss sich neben die Sechs stellen. Denn ohne Grossbritannien fehlt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das innere und äussere Gleichgewicht. Ohne Grossbritannien könnten manche Staaten das Gefühl bekommen, es bereite sich in der EWG eine Art von Condominium der grossen kontinentaleuropäischen Industriestaaten vor. Dagegen braucht man ein Gegengewicht. Wir brauchen einen Partner, der seine Hebel an anderen archimedischen Punkten ansetzen kann, als wir auf dem Kontinent das tun können, der unsere Vorstellungen nach einem anderen Kompass orientieren kann, als wir ihn haben.

Das wird uns allen miteinander nützen und anderen Staaten dazu. Wenn Grossbritannien kommt, werden andere Staaten folgen. Die Dänen haben uns bereits gesagt, dass sie auf Grossbritannien warten.

Gelingt es nicht, diesen Brückenschlag zu vollziehen, dann wird eine neue Spaltung Europas die Folge sein. Denn die beiden wirtschaftlichen Komplexe, die Sechs und die Sieben, werden sich notgedrungen nach verschiedenen Seiten orientieren. Zunächst wirtschaftlich; aber auch in diesen Dingen folgt die Flagge dem Kaufmann! So wird die Spaltung der wirtschaftlichen Kreisläufe auch eine politische Umorientierung bringen. Wir kennen vielleicht die ersten zwei, drei Schritte auf diesem Wege, aber nicht die vierten, fünften und sechsten Schritte. Aber auf jeden Fall wäre der status quo ein grosses Unheil.

+ + +

Dürftige "Internationale Badesaison"

Von Rudolf Hornig

Sechzehn Jahre nach Beendigung des Krieges hat sich der Janus-Kopf der Lübecker Bucht nicht geändert. Die westliche Hälfte rüstet sich wieder zu einer neuen Rekordsaison und ist bereits auch an Wochentagen dicht besetzt und an den Wochenenden von Besuchern geradezu überflutet - die östliche Hälfte liegt tagsüber einsam und verlassen, während in den Abend- und Nachtstunden nur vereinzelte Lichter in Häusern oder an den Strassen die Stille dieser Küste von Mecklenburg noch drückender machen. Immer wieder nehmen ausländische Besucher die westdeutschen Badeorte an der Lübecker und Neustädter Bucht diesen Gegensatz mit grösstem Interesse wahr, denn er ist ein packender Anschauungsunterricht über die Verhältnisse und Zustände im geteilten Deutschland.

Den ausgezeichneten Badestrand der östlichen Küste der Lübecker Bucht haben seit dem Kriege nur Volkspolizisten betreten, von einem Badebetrieb kann noch immer keine Rede sein. Die Planungen Pankows für die Urlaube an der Mecklenburgischen Küste sprechen zwar auch in diesem Jahr von neuen Zeltstädten und "vermehrten Möglichkeiten" für eine internationale Saison, aber alles, was in dieser Richtung unternommen wird, erfolgt an der nördlichen Küste von Mecklenburg. Sie kann von der Westseite der Lübecker Bucht nicht eingesehen werden und so kommen die sowjetzonalen Badegäste nicht in die Lage, Vergleiche zwischen West und Ost zu ziehen.

Man hofft auf Gäste aus der CSR

Von irgendwelchen besonderen Erfolgen der sowjetzonalen Werbung von Badegästen aus dem westlichen Ausland - die sehr intensiv im vergangenen Winter in den skandinavischen Ländern betrieben wurde - hat man bisher nichts gehört. Wären sie vorhanden, so hätte sie Pankow mit aller Lautstärke zumindestens der eigenen Öffentlichkeit verkündet. So wird es auch in diesem Jahr bei den Ostblockbesuchern bleiben, die in Grüppchen und Gruppen internationalen Badebetrieb repräsentieren müssen. Die bisher verlässlichste Kundschaft Pankows, die "befreundete" Tschechoslowakei, will zwar in diesem Jahr mehr Auslandsbesuche zulassen, aber den Hauptanteil werden Bulgarien und Rumänien suchen können. Vor allem hat Prag die Besucherquoten für Bulgarien stark erhöht, anscheinend, um die gegenseitige Handelsbilanz auszugleichen.

"Auch Unterkünfte in Hotels"

In der Sowjetzone werden für Besucher aus der Tschechoslowakei wiederum neben den Bädern an der Mecklenburgischen Küste die Insel Rügen, Stralsund und der sowjetzonale Teil der Insel Usedom angeboten. Bei der Insel Rügen scheint man diesmal grössere Vorsicht walten zu lassen, denn gerade bei den "Rügen-Fahrten" sind im vergangenen Jahr erfolgreiche Fluchtversuche unternommen worden. Es ist bezeichnend, dass bei der Prager Propaganda für den Besuch der sowjetzonalen Seebäder diesmal darauf hingewiesen wird, dass auch "Unterkünfte in Hotels und Pensionen" zur Verfügung stehen. Allerdings sei die Bettenzahl beschränkt, so dass sich rechtzeitige Anmeldung empfehle. Im wesentlichen werden auch in diesem Jahr die Badegäste aus der Tschechoslowakei in

Zeltlagern untergebracht werden müssen, da keine anderen Unterkunfts-
möglichkeiten vorhanden sind.

Bei den Zeltlagern handelt es sich zumeist um kleine Zelte mit
zwei Betten. In diesen Zelten befinden sich Gummiunterlagen, Luftma-
tratten und kleine Kopfpolster. Die Besucher werden aufgefordert, Hand-
tücher, Seife, Schuhbürsten und Toilettenpapier mitzubringen. Auch Ta-
schenlampen und dazugehörige Batterien sollen nicht vergessen werden,
da eine andere Beleuchtung in den Zelten "wegen der Feuersgefahr" nicht
zulässig sei. Arzneien und Medikamente müssen mitgebracht werden.
Schliesslich wird angegeben, dass es Gemeinschaftsverpflegung gibt und
dass diese dreimal täglich in einer "nahegelegenen Gaststätte" einge-
nommen wird.

Fahrt nicht über Berlin

Jeder Besucher eines Zeltlagers garantiert persönlich dafür, dass
kein Einrichtungsgegenstand beschädigt wird. Für die "politische Sicher-
heit" der Besucher aus der Tschechoslowakei wird in diesem Jahr ins-
fern besser gesorgt, als die Transporte nach der Ostseeküste nicht mehr
über Berlin geleitet werden, damit die Teilnehmer nicht der Versuchung
unterliegen, sich nach Westberlin und damit in den "kapitalistischen"
Westen abzusetzen.

+ + +

Nur ein Missverständnis?

sp - Nachgerade wirkt es schon peinlich. Fast jedes Interview, das
der Bundeskanzler ausländischen Journalisten gibt, bedarf der Interpre-
tation, sie kommt dann nicht von ihm, sie kommt in der Regel vom Auswär-
tigen Amt oder aus dem Bereich des Herrn Staatssekretärs für Informatio-
nen. Die Frage ist wohl berechtigt, ob der Bundeskanzler sich immer über
die Bedeutung dessen, was er vor sich hinredet, auch klar ist. So hat
seine überraschende letzte Erklärung, das Troika-System sei ein Fort-
schritt in der Einstellung Moskaus, sogar in der unmittelbaren Umgebung
des Bundeskanzlers Kopfschütteln, wenn nicht gar Entsetzen ausgelöst.
In der ganzen westlichen Welt ist man sich in der Ablehnung der Troika
einig, ihre Übertragung auf internationale Organisationen und Kontroll-
maschinerien würde bedeuten, dass die Sowjetunion es jederzeit in der
Hand hat, selbst darüber zu bestimmen, ob eine Kontrolle in Kraft tre-
ten soll oder nicht. An diesem entscheidenden Punkt sind die Genfer Ver-
handlungen über eine kontrollierte Einstellung der nuklearen Testversu-
che bisher gescheitert. Adenauer übersieht das; vielleicht begreift er
es auch nicht mehr. Seine Herrn Chruschtschow höchst willkommene Erklä-
rung widerspricht den Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Kennedy,
ein Kontrollsystem zu schaffen, das durch Vetos nicht lahmgelegt werden
kann. Wohl gemerkt, nicht Adenauer, sondern einem Sprecher der Bundesre-
gierung blieb es vorbehalten zu sagen, so sei es gar nicht gemeint ge-
wesen, es könne keine Rede davon sein, dass der Bundeskanzler mit sei-
ner Erklärung die sowjetische Forderung der Einführung des Troika-Sy-
stems unterstützt habe. Wessen Wort gilt nun mehr? Das Wort des "Sprecher
der Bundesregierung" oder das Wort des Bundeskanzlers? Wenn Adenauer
damit erreichen wollte, Freund und Gegner zu verwirren, ist ihm dies
freilich gelungen, allerdings um den Preis der Glaubwürdigkeit der Bon-
ner Politik.

+ + +

Zeitgeschehen ...

Feine Leute

15. - Hochseefischertag in Bremerhaven. Er galt in diesem Jahre dem 75-jährigen Bestehen der deutschen Hochseefischerei. Schade, dass dieses Jubiläum in eine Zeit fällt, in der auch die Hochseefischerei schwierige und schmerzliche Strukturprobleme zu bewältigen hat, die sich ebenso aus dem schnellen Fortschritt der Fischereitechnik wie aus den handelspolitischen Problemen ergeben. Im hübschen Stadttheater der Fischereistadt wurden diese Schwierigkeiten von Sachkundigen in beredten Worten dargestellt, ehe der Bundesernährungsminister dazu übergang, eine größere Zahl von jungen und alten Hochseefischern auszuzeichnen, teils wegen besonderer Verdienste um die Steigerung der Qualität, teils zur Belohnung für ein lebenslanges Ausharren in dem schwierigen und gefährlichen Beruf des Hochseefischers.

Dann trat zum Schlusswort Bürgermeister Kaisen ans Rednerpult und der Respekt, der diesem ebenso einfachen wie ehrlichen Mann aus allen Kreisen der Bevölkerung des von ihm seit 1945 regierten Landes Bremer entgegengebracht wird, kam darin zum Ausdruck, dass er als einziger Redner von den kühlen und zurückhaltenden Hanseaten bei seinem Erscheinen am Rednerpult mit spontanem Beifall begrüßt wurde. Auch auf der Festversammlung blieb Kaisen sich selbst treu. In nüchternen Worten stellte er fest, dass über die Tat der Hochseefischerei bisher immer nur geredet worden ist, dass aber die Taten ausgeblieben sind und dass deshalb die Lage so kritisch geworden ist. Er hatte recht mit dieser Feststellung. Auch während der letzten Haushaltsberatung in Bonn wurden konkrete Anträge abgelehnt und dafür die Erstellung eines weiteren Gutachtens beschlossen. Kaisen legte den Finger auf die Wunde als er sagte: "Wir müssen den Absatz steigern, die Verbraucher wieder mit dem Fisch vertraut machen. Dazu reichen die bisher schon aufgewendeten eigenen Mittel der Fischerei nicht aus. Der Bund muss helfen. Wenn Herr von Eckardt 20 Millionen für die Propagierung der Politik der Bundesregierung bekommt - das meiste davon müsste eigentlich der CDU-Parteikassierer bezahlen - dann müssten doch fünf Millionen für die Fischwirtschaft vorhanden sein. Hört mit dem Reden auf, Ihr in Bonn und lasst endlich Taten sehen".

Man schritt zur Tat im echten Bonner Stil. Die beiden als Ehren Gäste anwesenden CDU-Bundestagsabgeordneten Krammig und Gewand mit Begleitung brachen geräuschvoll auf und warfen mit lautem Knall die Tür hinter sich ins Schloss. Auch wenn sie damit vielleicht nur das schlechte Gewissen darüber abregieren wollten, das sich für sie daraus ergeben müsste, dass die vielfältigen Schwierigkeiten der Hochseefischerei ausschliesslich darauf zurückzuführen sind, dass die von der CDU getragene Bundesregierung mit den Problemen, die zum grossen Teil von ihr selbst geschaffen worden sind, nicht fertig werden kann, hätte es den Geboten menschlichen Anstandes mehr entsprochen, wenn sie das im stillen Kämmerlein getan hätten. Sie hätten dann auch nicht so drastisch zu unterstreichen brauchen, was die Bremerhavener, die in diesen Fragen alle sachverständig sind, ohnehin schon wussten - nämlich dass Kaisen ganz recht hatte.

Zum Abendessen waren die Herren dann aber wieder da. Aus den gekränkten Leberwürsten waren wieder gesittete Ehrengäste geworden. Die Entschuldigung beim alten Wilhelm Kaiser blieb ihnen erspart. Er war nach seinen offenen Worten nach Bremen zurückgefahren und war sicher schon wieder auf seiner kleinen Siedlerstelle an der Arbeit, um sich in der Geduld zu üben, die die ganze Fischerei nötig hat, wenn sie nun auf die Einlösung neuer Versprechen warten muss, nachdem schon so viele alte nicht gehalten worden sind.

+ + +

Proportionen

W.G. - Ein findiger Zeitgenosse hat kürzlich ausgerechnet, dass die Zeitungen des freien Teiles unseres Kontinents den Fürstenhochzeiten, zu erwartenden Königskindern und ähnlichen weltbewegenden Ereignissen wesentlich mehr Platz einräumen, als z.B. Meldungen über die Möglichkeit der Verschärfung des Kalten Krieges. In Zahlen ausgedrückt soll das Mengenverhältnis der Nachrichten, Bilder und Kommentare in einem Verhältnis von 30 : 70 stehen, wobei sich die Zahl 30 auf Meldungen über die ernstesten Weltereignisse bezieht. In Rundfunk und Fernsehen ist das Prozent-Verhältnis fast dasselbe. Der Rundfunk allerdings gleicht aus, was beim Fernsehen in der Nachrichtengebung über seriöse Vorkommnisse zu kurz kommt. - Man wird nun sich natürlich fragen, ob die Meinungsmacher mutwillig in der angedeuteten Weise Nachrichten und Artikel dosieren, oder ob sie einem allgemeinen Publikumsgeschmack folgen. Die Antwort darauf ist nicht einfach. In Fachkreisen sagt man, eine Geschichte über Soraya, Pabiola oder das angekündigte Königskind der Belgier "verkaufe" sich viel besser, als eine neue Drohung Chruschtschows. Umgekehrt wird gelegentlich aber auch behauptet, die Aufnahmebereitschaft des Leser- und Hörpublikums für die Geschichten am Rande der grossen Weltpolitik werde künstlich gesteigert durch die überdimensionale Berichterstattung von Fürstenhochzeiten und ähnlichen Ereignissen. Vielleicht ist das eine so richtig wie das andere, und sicher wird in den meisten Fällen der geschäftliche Effekt - d.h. also die Auflagesziffer eines Blattes - ausschlaggebend für die Dosierung des Nachrichtenmaterials sein. In Diktaturstaaten macht man sich die Sache einfach. Dort wird dem Leser- und Hörpublikum systematisch beigebracht, dass eine politische Rede wichtiger ist als die Reortage über das Leben einer fünfmal geschiedenen Filmdiva. Aber selbst wenn Zeitungen in Diktaturstaaten scheinbar unpolitische Geschichten veröffentlichen, kommt zwischendurch oder am Ende doch noch die "Linie" zum Durchbruch. Der Rest ist Uniformierung. - In der Konsequenz ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung, dass die Freizügigkeit unseres Presse- und Informationswesens die bessere Form der allgemeinen Unterrichtung garantiert, wenn wir nur wissen, Nebensächliches vom Wichtigem zu unterscheiden. Diese Fähigkeit zu erwerben setzt aber die Erhaltung der Freiheit voraus, das selbständige Denken und seine bewusste Entfaltung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel